

Sarkozy geht auf Ölpreis-Proteste ein

Frankreichs Präsident will Mehrwertsteuer für Brennstoffe einfrieren - Brüssel und Berlin sagen "Nein"

HOLGER ALICH | PARIS ERIC BONSE | BRÜSSEL DONATA RIEDEL | BERLIN Angesichts des steigenden Ölpreises hat Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine neue Mehrwertsteuer-Debatte losgetreten. In einem Radio-Interview schlug Sarkozy vor, ab einem bestimmten Preisniveau die Mehrwertsteuer für Mineralölprodukte zu kappen, um so die Inflation zu drosseln. "Ich will unseren europäischen Partnern die Frage stellen: Wenn der Ölpreis weiter so steigt, sollten wir dann nicht die Mehrwertsteuerlast für diesen Teil des Preises einfrieren?", sagte Sarkozy dem Sender RTL. Da einem solchen Schritt alle EU-Mitglieder zustimmen müssten, stehe aber "außer Frage, das heute zu versprechen", schränkte Frankreichs Präsident ein.

Sarkozy will zudem durch den hohen Ölpreis bedingte Steuermehreinnahmen in einen Hilfsfonds überführen. Mit dem Geld soll bedürftigen Haushalten geholfen werden, die Heizkosten zu bezahlen. Das Fondsvolumen bezifferte Sarkozy auf "150 bis 170 Mill. Euro pro Quartal".

Sarkozys Vorstoß ist klar innenpolitisch motiviert. Trotz eines 300 Mill. Euro schweren Hilfspakets für Frankreichs Fischer blockieren diese weiterhin zahlreiche Häfen. Nach Angaben des Ölriesen Total haben Fischer gestern aus Protest gegen hohe Spritpreise das Benzindepot in La Rochelle sowie den Zugang zu einer Raffinerie in der Nor-

mandie blockiert.

Sarkozy will den Franzosen mit seinen Ankündigungen aber auch beweisen, dass er sich wie im Wahlkampf versprochen für mehr Kaufkraft einsetzt. Gerade in diesem Punkt ist angesichts steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise die Enttäuschung der Franzosen am größten, wie Umfragen zeigen. Die Antwort aus Brüssel auf Sarkozys Vorstoß ließ nicht lange auf sich warten: "Eine Änderung der Besteuerung von Brennstoffen wäre das falsche Signal an die Erdöl produzierenden Länder", sagte ein Sprecher von EU-Energiekommissar Andris Piebalgs. Es könnte die Produzenten zu neuen Preiserhöhungen ermuntern. Eine Sprecherin von Steuerkommissar Laszlo Kovács ergänzte, die Frage der Besteuerung werde immer wieder aufgeworfen: "Aber wir bezweifeln, dass das die beste Reaktion ist." Die Mehrwertsteuer mache nur einen geringen Teil an der Besteuerung von Brennstoffen aus. Selbst Sarkozys Finanzministerin zeigte sich mit Blick auf den Mehrwertsteuer-Vorstoß ihres Chefs skeptisch. Es sei "eine schwierige Übung", auf EU-Ebene Einstimmigkeit für das Vorhaben zu erreichen, sagte Christine Lagarde.

In Deutschland flammt eine Debatte über staatliche Entlastungen bei den Energiepreisen immer wieder vor allem in den Oppositionsparteien auf. So gibt es Stimmen aus der FDP, die den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf Energieträger fordern. SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber forderte

dagegen gestern die Energieversorger auf, ihre Preise sozial zu staffeln. Sie sollten etwa die ersten 500 Kilowattstunden Strom pro Kopf "deutlich günstiger" als der Durchschnittspreis anbieten, forderte er in den "Ruhr-Nachrichten". Die Bundesregierung ist allerdings gegen neue Energiepreissubventionen - auch weil sie fürchtet, dass sie einen Fehlanreiz für einen höheren Verbrauch setzen könnten.

Auch in einem anderen alten Mehrwertsteuer-Streit mit Frankreich erneuerte Berlin gestern sein "Nein". Die Bundesregierung wird der seit Jahren von Frankreich reklamierten generellen Absenkung der Mehrwertsteuer im Hotel- und Gaststättengewerbe nicht zustimmen. Und obwohl Sarkozy die Haltung Berlins sehr genau kennt, griff er gestern im Radio dieses alte Wahlversprechen seines Vorgängers Jacques Chirac wieder auf. Es müsse eingehalten werden, "auch wenn der europäische Prozess lang ist", so Sarkozy.

Die Bundesregierung wird indes in ihrer Haltung sogar von den Branchen unterstützt, die von einer Mehrwertsteuer-Erleichterung profitieren würden. So fürchtet der Wirtschaftsverband DIHK, dass immer mehr Ausnahmen vom regulären Mehrwertsteuersatz dazu führen würden, dass am Ende ein noch höherer Luxussteuersatz etwa auf Autos erhoben würde. Erleichterungen für einzelne Branchen müssten dann andere Wirtschaftszweige durch höhere Steuerlasten ausgleichen.